

Mit Gästen aus Straßburg

DISKUSSION Bei einer Gesprächsrunde im CJD Sangerhausen streiften die Teilnehmer durch große europäische Themen wie Sicherheit und Flüchtlingspolitik.

VON JOEL STUBERT

SANGERHAUSEN/MZ - Aller Anfang ist schwer, auch bei einer politischen Diskussion. Vor allem, wenn die Diskutanten nicht da sind. Eine Viertelstunde nach dem eigentlichen Beginn tauchten Sabine Lösing (Die Linke) und Arne Lietz (SPD) dann auf - sie hatten irrtümlich an einem falschen Gebäude gewartet.

Trotz der kleinen Anlaufschwierigkeiten - die Diskussion „Festung Europa - Herausforderungen für eine europäische Sicherheitspolitik“ nahm schnell Fahrt auf. Zu verdanken war dies den kontroversen Gedanken der beiden Europapolitiker Lösing und Lietz, die Organisator Peter Gerlinghoff in die Räumlichkeiten des CJD Sangerhausen eingeladen hatte.

Zu Beginn stellte Sabine Lösing, die seit 2009 Mitglied des Europaparlaments in Straßburg ist, drei Thesen zur aktuellen Situation der europäischen Sicherheitspolitik voran. Die Flüchtlingskrise sei das Produkt einer westlichen, militaristischen Strategie, war eine davon. Des Weiteren sei es den Entscheidungsträgern sogar bewusst, aber sie wür-

den nichts unternehmen, dies zu ändern. Und zu guter Letzt: Das Geld, was zur Bekämpfung der Armut verwendet werden könnte, wird lieber für andere Dinge eingesetzt.

Die neoliberale Wirtschaftspolitik habe die Armut auf der Welt verstärkt, was wiederum zur sogenannten Flüchtlingskrise führ-



„Man könnte den Kommunen auch direkt Geld geben.“

Arne Lietz (SPD)
Europa-Abgeordneter
FOTO: STUBERT

te, die wiederum den Anlass für die Diskussion um die europäische Grenzpolitik liefere, argumentierte die Linken-Politikerin. Mit-Diskutant Arne Lietz ergänzte wenig später: „Es gibt nur noch Inseln in Europa, wo Flüchtlinge aufgenommen werden.“ Europa zeige sich nicht solidarisch genug, um jenen Ländern zu helfen, an deren Küsten und Grenzen die Flüchtlinge ankommen. „Ich habe im europäischen Parlament schmerzlich erlebt, wie Kollegen ihre Meinung geändert haben und dann doch den Vorschlag nach einer Verteilung von Flüchtlingen in die einzelnen Länder blockiert haben. Da wird Druck ausgeübt“, sagt Lietz.

„Welche Möglichkeiten hat die EU, Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen, zu sanktionieren?“, fragte einer der 35 Zuhörer. Man könne zwar den Geldfluss an diese EU-Länder stoppen, antwortete Sabine Lösing darauf. „Allein, ich glaube nicht, dass das gemacht wird.“ Es werde mit allen Mitteln gegen die Verteilung gekämpft. Arne Lietz - seit 2014 im Europaparlament - warb für einen anderen Ansatz und verdeutlichte dies am Beispiel Kanadas. „Da muss jeder Flüchtling, der

aufgenommen werden will, jemanden vorweisen, der sich um ihn kümmert.“ Ein weiterer Ansatz sei lobenswert. „Man könnte auch den Kommunen direkt das Geld geben, wenn sie sich engagieren.“ So könne jede Kommune in jedem Land selbst entscheiden.

Der Versuch, eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge hinzubekommen, sei jedenfalls misslungen, hatte Peter Gerlinghoff zu diesem Thema schon einige Minuten zuvor unterstrichen.

Eine weitere Frage aus dem Publikum beschäftigte sich mit der Türkei. „Die Nato ist ein Militärbündnis und eine Wertegemeinschaft“, meinte Lietz. „Doch wenn die Türkei so weitermacht und gar die Todesstrafe einführen will, sehe ich diese Wertegemeinschaft nicht mehr. Dann muss die Nato-Mitgliedschaft enden.“ Angesprochen auf die Unterstützung der Peschmerga-Rebellen mit Waffen unterstrich Lösing ihre Position. „Es können keine Waffen geliefert werden, man weiß nicht, wo sie landen.“ Waffenlieferungen führten nie zum Frieden, ergänzte Lietz und formulierte eine Quintessenz der Diskussion.